

Stadtrat Ulrich Huber

Fuchssteige 21 D - 89518 Heidenheim
☎ (07321) 941783
FAX (07321) 941785

**Deutsche
Kommunistische
Partei**



**Stadtverwaltung Heidenheim
Herrn Oberbürgermeister Bernhard Ilg
Rathaus**

89522 Heidenheim

Heidenheim, den 11.10.2002

Jihlava - Städtepartnerschaft -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nach der Rückkehr von einer Kulturreise nach Prag vom 03.10. bis 06.10.2002 bei der ich mich insbesondere über die Grausamkeiten deutscher Faschisten in dem Getto Theresienstadt und seiner angegliederten kleinen Festung, der dem Erdboden gleichgemachtem Dorf Lidice und dem Gestapo-Gefängnis in Prag informieren konnte, hat mich die Nachricht über Ihre Teilnahme an der "Sudetendeutsch-tschechisch-deutsche Tagung" in der Zeit vom 02.03. bis 03.03.2002 in Kleinbottwar, erreicht.

Von Ihren engen Kontakten und Beziehungen, die Sie als Vertreter und Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim praktizieren war zumindest mir persönlich nichts bekannt.

Die Tatsache über ihre enge Beziehung zu den sog. Landsmannschaften mit ihrem revanchistischem Charakter hat mich erschreckt.

Gleichmaßen fühle ich mich von Ihnen getäuscht, weil Sie mir gegenüber in keinem der persönlichen Gespräche, eines am Rande einer Gemeinderatssitzung, über mein Bemühen nach Kontaktadressen in Jihlava, in keinsten Weise, über Ihre Zielstellung und Ihre Kontakte zu den revanchistischen Landsmannschaften informiert haben. Sie äußerten lediglich den Wunsch in der Vorbereitungszeit zu dieser Partnerschaft noch keine direkte Kontakte mit offiziellen Vertretern der Stadtverwaltung in Jihlava aufzunehmen.

Nachdem mir die Teilnahme an einer offiziellen Delegation der Stadt Heidenheim nach Jihlava zur weiteren Vorbereitung des Partnerschaftsvertrags verwehrt wurde, habe ich mich privat in der Zeit vom 01.09. bis 04.09.2002 in Jihlava über die Stadt selbst informiert und mit Delegierten zur Volksvertretung Kontakte aufgenommen.

Ihnen war durch meine Schreiben vom 06.05.2002 und vom 23.06.2002 sowie durch meinen Diskussionsbeitrag in der Sitzung des Gemeinderats vom 27.06.2002 bekannt, dass ich empfahl mit größter Sorgfalt vor allem aber mit dem notwendigen politischen Fingerspitzengefühl die Partnerschaft anzugehen. Ihnen war bekannt, dass ich empfahl die Partnerschaft wegen der Patenschaft der Stadt Heidenheim mit der Iglauer Sprachinsel nicht zu überstürzen damit vertrauensbildende Möglichkeiten eröffnet werden.

Sie hätten mir gegenüber ausreichend Zeit gehabt, bezüglich Ihrer Verbindungen zu den Vertriebenenverbänden, klaren Wein einzuschenken.

Der vom Gemeinderat auch mit meiner Stimme beschlossene Partnerschafts-Vertrag in dem für meine Begriffe lediglich im Kopftext der Stadt Heidenheim die Iglauer Sprachinsel erwähnt ist, gewinnt hinsichtlich der Ausgestaltung insbesondere wegen der Feststellung auf der mit Ihrer Beteiligung durchgeführten Tagung (Zitat aus der "Sudetendeutsche Zeitung" vom 31.05.2002: *Eine eingehende und engagierte Diskussion schloss sich an diese beiden Referate an, in denen von beiden Referenten ein vorbehaltloses "Ja" zur Aufrechterhaltung der vorhandenen Patenschaften ausgesprochen wurde, die mit Leben zu erfüllen seien, wobei insbesondere von Seiten des Vertreters der Kommunen die Ausweitung der Patenschaften und der Intensivierung von Kontakten zu den heutigen tschechischen Kommunen Bedeutung beigemessen wurde, **allerdings mit der ausdrücklichen Betonung, dass dies nur in Abstimmung mit dem jeweiligen "Patenkind" und unter voller Einbeziehung dieser Vertriebenengemeinschaft sinnvoll sei.***), eine andere Zielrichtung. Schlussfolgernd stelle ich fest, dass Kontakte von Gruppen jeglicher Art zwischen den beiden Städten nur mit vorheriger Konsultation und Abstimmung mit den Vertriebenenverbänden insbesondere mit der Iglauer Sprachinsel bzw. der Sudetendeutschen Landsmannschaft zustande kommen kann. Die Stadt Heidenheim bzw. Sie als Oberbürgermeister haben mit der Akzeptanz dieser Formulierung einen Teil des Selbstbestimmungsrechtes an eine nicht von der ganzen Bevölkerung getragenen Vereinigung abgetreten.

Diese einseitige Festlegung und Ihr Zuneigung zu den Vertriebenenverbände die Sie mit Ihrer Teilnahme an dem Treffen mit hohen Repräsentanten bekundet haben, dient nicht dem Ziel des Vertragstextes, sondern fördert das Vorhaben der Vertriebenenverbände, hier der Sudetendeutschen Landsmannschaft, revanchistische Standpunkte von außen in die Tschechische Republik hineinzutragen. Die Standpunkte der Vertriebenenverbände dienen nicht dem Ausgleich und der Verständigung auf der Basis der Anerkennung gewachsener Nachkriegsentwicklungen, sondern sie sind gegenwärtig als ein Störfaktor gegen die europäische Integration zu verstehen.

Diese von der Sudetendeutschen Landsmannschaft geforderte Politik und Tradition hinsichtlich der Partnerschaftsvereinbarung wie sie auf dieser Tagung auch von Ihnen Herr Oberbürgermeister unterstützt wurde, kann und will ich als Heidenheimer Bürger und Stadtrat nicht unterstützen. Für meine Stadt halte ich Ihre Unterstützung für die Sudetendeutsche Landsmannschaft für falsch.

Meine Zustimmung zu dem Partnerschaftsvertrag ziehe ich zurück.

Partnerschaften mit Städten der Bundesrepublik Deutschland und mit Städten aus der Tschechischen Republik dürfen nicht von revanchistischen Einflüssen wie sie die Vertriebenenverbände vertreten, begleitet sein.

Soweit es meine Kraft zulässt werde ich mich für Beziehungen zwischen der Stadt Jihlava und der Stadt Heidenheim verwenden, die auf der Basis der Verständigung gegebener politischer Strukturen aufbaut unter der Einbeziehung der Deutsch-Tschechischen Verträge und Erklärungen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik. Insbesondere werde ich mich für antifaschistische Begegnungen und für ein politisches Verständnis das von humanistischen Gedanken bestimmt ist, einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr DKP Stadtrat



Ulrich Huber

Info an:
Gemeinderäte
HZ
HNP



Stadt Heidenheim
Oberbürgermeister

Bürgermeisteramt Postfach 11 46 89501 Heidenheim

Herrn
Ulrich Huber
Fuchssteige 21

89518 Heidenheim

16.10.2002

Sehr geehrter Herr Huber,

in Ihrem Brief vom 11.10.2002 erklären Sie, dass Sie Ihre Zustimmung zum Partnerschaftsvertrag mit Jihlava zurückziehen wollen. Davon abgesehen, dass ich für einen solchen Schritt nicht die geringste Rechtfertigung erkennen kann, weise ich insbesondere Ihre Auslassungen, wonach solche Partnerschaften "nicht von revanchistischen Einflüssen wie sie die Vertriebenenverbände vertreten, begleitet sein" dürfen, in aller Entschiedenheit zurück. Ebenso deutlich weise ich Ihren Vorwurf zurück, dass ich Sie in irgendeiner Weise getäuscht hätte.

Die Stadt Heidenheim, vertreten durch den Gemeinderat, wird durch den Abschluss der Städtepartnerschaft mit Jihlava einen Beitrag zu Frieden und Verständigung in Europa leisten und tut dies nicht zuletzt im Geiste jener Charta, die sich die Heimatvertriebenen selbst am 5. August 1950 in Stuttgart gegeben haben. Auch und gerade, weil wir nicht nur eine Städtepartnerschaft begründen wollen, sondern weil wir auch in Zukunft unseren Pflichten als Paten der Iglauer Sprachinsel nachkommen werden, kann ich Ihren pauschalen Revanchismus-Vorwurf nicht unwidersprochen lassen. Laut Duden kommt der Begriff Revanchismus übrigens besonders im kommunistischen Sprachgebrauch vor und bedeutet dort eine Politik, die auf Rückgewinnung in einem Krieg verlorener Gebiete mit militärischen Mitteln gerichtet ist. Dies vor dem Hintergrund jener feierlichen und seit 1950 ständig erneuerten Gewaltverzichtserklärung der Vertriebenen zu behaupten, ist nicht nur ein Affront gegenüber den Menschen, die aus Iglau vertrieben worden sind oder die nach Kriegsende gewaltsam zu Tode kamen, sondern es ist auch überhaupt nicht hilfreich gegenüber der jungen Generation, die in Deutschland ebenso wie in Tschechien an einem friedlichen, der Freiheit und der Demokratie verpflichteten Europa arbeitet. Dieses Europa hat es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geschafft, sich von totalitären Regimen zu reinigen, und zwar nicht nur von faschistischen. Es wäre an der Zeit, dass dies auch von der DKP zur Kenntnis genommen wird.

Von einer förmlichen Überprüfung Ihrer Erklärung, dem Partnerschaftsvertrag im Nachhinein die Zustimmung zu verweigern, sehe ich ab, weil am rechtmäßigen Zustandekommen des in öffentlicher Sitzung des Gemeinderats gefassten Beschluss kein Zweifel besteht.

Mit freundlichen Grüßen



Bernhard Igl

Stadt Heidenheim
Grabenstraße 15
89522 Heidenheim

Telefon 07321 327-200
Telefax 07321 327-682
E-Mail ob@heidenheim.de

Stadtrat Ulrich Huber

Fuchssteige 21 D - 89518 Heidenheim
Tel. (07321) 941783
FAX (07321) 941785

**Deutsche
Kommunistische
Partei**



**Stadtverwaltung Heidenheim
Herrn Oberbürgermeister Bernhard Ilg
Rathaus**

89522 Heidenheim

Heidenheim, den 27.10.2002

Jihlava-Heidenheim Städtepartnerschaft

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ilg,

Ihre Antwort auf meinen Brief vom 11.10.2002, in dem ich meine Zustimmung zum Partnerschaftsvertrag zwischen der Stadt Jihlava und der Stadt Heidenheim zurückgezogen habe, habe ich erhalten.

Leider bestärkt Ihre Stellungnahme meine Befürchtung, dass die jetzt geschlossene Städtepartnerschaft als erweitertes Handlungsfeld für die „Gemeinschaft Iglauer Sprachinsel“ dienen wird, die unter dem Dach der Sudetendeutschen Landsmannschaft angesiedelt ist, d.h. einer Organisation mit revanchistischem Charakter. Eine solche Partnerschaft ist nach meinem Dafürhalten nicht geeignet, die guten Beziehungen zu unseren tschechischen Nachbarn zu fördern.

Sie selbst haben bei der Tagung der Sudetendeutschen Landsmannschaft Anfang März in Kleinbottwar als Referent die Auffassung vertreten, dass Partnerschaften zwischen deutschen und tschechischen Städten nur "in Abstimmung mit dem jeweiligen sudetendeutschen ‚Patenkind‘ und unter voller Einbeziehung dieser Vertriebenengemeinschaft" sinnvoll seien.

In Ihrem Schreiben weisen Sie den Vorwurf des Revanchismus in bezug auf die deutschen Vertriebenenorganisationen zurück und erklären, der Abschluss der Städtepartnerschaft mit Jihlava sei auf Seiten unserer Stadt Heidenheim „nicht zuletzt im Geist jener Charta (erfolgt), die sich die Heimatvertriebenen selbst am 5. August 1950 in Stuttgart gegeben haben“. Genau von diesem Geist distanzieren mich auf das entschiedenste und verahre mich gegen eine derartige Einvernahme all jener Bürger unserer Stadt, die damit ebenso wenig zu tun haben wollen.

Über den Geist dieser Charta und ihrer Verfasser wäre viel zu sagen. Ich möchte mich hier auf wenige Bemerkungen beschränken.

1. In der Charta heißt es wörtlich: „Die Völker der Welt sollen ihre **Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen** als **der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen** empfinden.“

Schweigen über die eigene Verantwortung und über das Leid, das unter tätiger Mitwirkung fast aller Unterzeichner der Charta über andere gebracht wurde, während das eigene Leid ins Unendliche vergrößert wird – um es dann für revanchistische politische Ziele (Wiederherstellung des deutschen Reiches in den Grenzen von 1937/38) zu instrumentalisieren,

das war und ist Politik der Vertriebenenverbände. Beispiel: In einer Einladung zu ihrer Ausstellung Odsun bezeichnete die SL im Mai 2001 die deutschen Vertriebenen als „Opfer der schlimmsten ethnischen Säuberung der Weltgeschichte“.

2. Der Geist der Charta („im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums“) hat die Landsmannschaften, darunter die Sudetendeutsche Landsmannschaft, nie daran gehindert, enge Beziehungen zu rechtsextremistischen Organisationen zu unterhalten, ihnen sogar selbst ein Betätigungsfeld zu bieten. An erster Stelle möchte ich hier den Witikobund nennen, dessen führende Mitglieder wie z.B. Siegfried Zogelmann oder Herbert Fleissner auch in den Führungsgremien der Sudetendeutschen Landsmannschaft eine bedeutende Rolle spielen. Auf Wunsch stelle ich Ihnen gern die Rede zur Verfügung, die der Vorsitzende des Witikobundes, Horst Rudolf Übelacker, im Rahmen des Sudetendeutschen Tages 2002 gehalten hat.

3. Zu den Politikern, die oft und gern den „Geist der Charta der Heimatvertriebenen“ beschworen haben, gehörte der vormalige SL-Sprecher Franz Neubauer (CSU). Neubauer auf dem Sudetendeutschen Tag 1999 angesichts der Bombardierung jugoslawischer Städte durch die Nato erfreut: „Vertreibung wird jetzt als ein so schweres Verbrechen angesehen, daß man bereit ist, sogar mit Waffengewalt dagegen vorzugehen.“ In derselben Rede konstruierte Neubauer eine „völlige Parallelität“ zwischen Kosovo-Albanern und Sudetendeutschen.

Diese wenigen Punkte mögen genügen, um zu begründen, warum ich eine Städtepartnerschaft im Geiste der Charta von 1950 und in Abstimmung mit irgendeiner Landsmannschaft ablehne.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

In meinem Schreiben vom 27.09.2002 an die Stadtverwaltung zu Ihren Händen habe ich auf die Deutsch-Tschechische Erklärung vom 21.01.1997 Bezug genommen. Ich betrachte diese Erklärung als akzeptable und gültige Grundlage der deutsch-tschechischen Beziehungen. In dieser Erklärung heißt es:

"Die deutsche Seite bekennt sich zur Verantwortung Deutschlands für seine Rolle in einer historischen Entwicklung, die zum Münchner Abkommen von 1938, der Flucht und Vertreibung von Menschen aus dem tschechoslowakischen Grenzgebiet sowie zur Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakischen Republik geführt hat.

Sie bedauert das Leid und das Unrecht, das dem tschechischen Volk durch die nationalsozialistischen Verbrechen von Deutschen angetan worden ist. Die deutsche Seite würdigt die Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft und diejenigen, die dieser Gewaltherrschaft Widerstand geleistet haben.

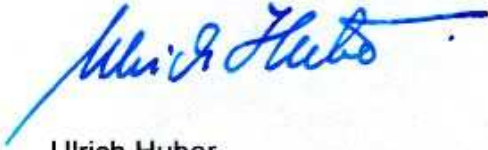
Die deutsche Seite ist sich auch bewusst, dass die nationalsozialistische Gewaltpolitik gegenüber dem tschechischen Volk dazu beigetragen hat, den Boden für Flucht, Vertreibung und zwangsweise Aussiedlung nach Kriegsende zu bereiten."

"Die tschechische Seite bedauert, dass durch die nach dem Kriegsende erfolgte Vertreibung sowie zwangsweise Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der damaligen Tschechoslowakei, die Enteignung und Ausbürgerung unschuldiger Menschen viel Leid und Unrecht zugefügt wurde, und dies auch angesichts des kollektiven Charakters der Schuldzu-

weisung. Sie bedauert insbesondere die Exzesse, die im Widerspruch zu elementaren humanitären Grundsätzen und auch den damals geltenden rechtlichen Normen gestanden haben, und bedauert darüber hinaus, dass es aufgrund des Gesetzes Nr. 115 vom 08.05.1946 ermöglicht wurde, diese Exzesse als nicht widerrechtlich anzusehen, und dass infolge dessen diese Taten nicht bestraft wurden."

Erhebliche Teile der Sudetendeutschen Landsmannschaft haben die Deutsch-Tschechische Erklärung bereits bei ihrer Unterzeichnung 1997 abgelehnt. Heute erklärt die SL-Führung offen, dass sie die Erklärung nicht als Grundlage der Beziehungen akzeptiert. Auch dies sollte ein Grund sein, die partnerschaftlichen Beziehungen nicht „in Abstimmung“ mit Vertriebenenverbänden aufzubauen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr DKP Stadtrat



Ulrich Huber

Zur Information werde ich
Ihren Brief vom 16.10.2002 und
diese Antwort den Medien zur
Verfügung stellen.